

# „Bessere Tierhaltung kostet Geld“

Landwirtschaftsministerin will Bewegung in Agrarstreit bringen / Volksbank-Chef Joop fordert Steuersenkungen

VON STEFAN ROTHE

**STADTHAGEN.** Ihren jüngsten Vorschlag zur Einführung einer Fleischsteuer hat Barbara Otte-Kinast (CDU) gestern Abend im Stadthäger Ratskeller verteidigt. Die niedersächsische Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz war Teilnehmerin des Podiums beim traditionellen Neujahrs-Forum der Volksbank Hameln-Stadthagen.

Von Moderator Marc Fügmann auf ihre Forderung angesprochen, räumte Otte-Kinast vor den rund 250 Gästen ein, mit ihrem Vorschlag „recht mutig“ gewesen zu sein. Es sei aber hin und wieder nötig, „ein Reizwort zu setzen, um etwas in Bewegung zu bringen“. Fest stehe: „Die gewünschte bessere Tierhaltung kostet Geld“. Dieses werde man aber „nicht an der Ladenkasse einnehmen können“. Daher sei der Weg über steuerfinanzierte Subventionen denkbar, wie das auch für viele Bio-Lebensmittel gelte, argumentierte Otte-Kinast.

Weitere Stichworte bei der Podiumsdiskussion waren unter anderem die Umwelt- und Gesundheitspolitik, Bürokratie, Zuwanderung und die Stadthäger Kommunalpolitik. Teilnehmer des Podiums waren auch die heimischen Unternehmer Michael Knoche, Jürgen Lohmann und Edmund Bescke (» Einzelheiten über die Diskussion lesen Sie in der morgigen Ausgabe).



Volksbank-Chef Michael Joop begrüßt im Ratskeller die niedersächsische Agrarministerin Barbara Otte-Kinast.

FOTO: RG

Steuersenkungen forderte mit Nachdruck Michael Joop, Vorsitzender des Vorstandes der Volksbank Hameln-Stadthagen. In seiner Rede stellte Joop fest: „Unsere Bundesregierung schwimmt im Geld.“ Daher wäre es jetzt an der Zeit, „den Steuerzahlern einen größeren Teil ihrer Einkommen zu lassen, nachdem sie die Einheit finanziert und die

Folgen der Finanzkrise bezahlt haben“.

Heftige Kritik übte Joop an der von Finanzminister Olaf Scholz geplanten Transaktionssteuer. Diese gehe „in die völlig falsche Richtung“. Denn es sollen keine Derivate besteuert werden, gerade die geeigneten sich aber für Spekulationen. „Die Steuer trifft damit nicht Spekulanten, sondern eher

konservative Anleger“, monierte der Banker. Damit werde nicht zuletzt „das dringend notwendige Sparen für das Alter zusätzlich bestraft“. Denn, so Joop: „Nach Negativ-Zinsen bei Bundesanleihen und politisch verordnetem Nullzins-Niveau bei Geldanlagen kann man nur noch mit Immobilien oder Aktienanlagen Renditen erzielen.“

Joop kritisierte zudem „den Trend, dass Leistung nicht mehr anerkannt wird, sondern eher verwerflich erscheint“. Er fügte hinzu: „Sich nur noch auf Modernisierungsverlierer und Empfänger von Sozialleistungen zu fokussieren, immer mehr Selbstverantwortung abgeben und in die Hände des Staates geben, wäre hier das falsche Signal.“